

Merseburger Correspondent.

Geschieht täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,25 Mk. einjähr. Beleggeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
— Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Lotterielisten — Kurztel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., im Restemerk 50 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Platzanricht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.
— Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 249

Mittwoch den 24. Oktober 1917

44. Jahrg.

Im September durch U-Boote 672000 Tonnen versenkt.

Ein Warnungsruf.

Von einem Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei wird uns geschrieben:

Die Absicht der Rechten, die Beratung der preussischen Wahlrechtsvorlage zu verschleppen, tritt immer deutlicher hervor. Schon im Senatorenkonvent wurde gewünscht, daß die Fragen der Volksernährung und der Rohlenversorgung in ihrem ganzen Umfang noch vor der ersten Lesung des Wahlgesetzes erledigt werden sollten. Was das bedeutet, ermißt man, wenn man sich das Programm der Staatsauswahlskommission vergegenwärtigt: Sie hat folgende Gruppierung vorgenommen: 1. Getreide, 2. Kartoffeln, 3. Vieh, Fleisch, Fett, 4. Zucker, 5. Gemüse und Obst, 6. Sicherung der zukünftigen Erzeugung, 7. Organisationsfragen, 8. Fischerei. Dazu treten noch die Fragen der Rohlennot und der damit zusammenhängenden Stilllegungen in der Industrie. Bis das alles durchgeprochen ist, können Wochen vergehen.

Aber auch dann will die Rechte noch nicht an die Wahlrechtsfrage heran. Nach Einbringung wollen vielmehr die Fraktionen in sich ausgiebig beraten, unter Umständen auch Parteifremde aus dem Lande hinzuziehen. Ungeduldige Fraktionen sind erforderlich, und mit den sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen drei bis vier Tagen für die Fraktionsberatungen ist es nicht getan. Aus diesem Vorpiel läßt sich ahnen, welche weiteren Schicksale zu erwarten sind.

Die Regierung tut nichts, um diese Absicht zu durchkreuzen. Sie schiebt vielmehr die Einbringung immer weiter hinaus. War bisher mit dem Erscheinen der Vorlage spätestens bis Ende Oktober zu rechnen, so hört man nun, daß noch ein gut Teil des November ins Land gehen wird, bis die Entwürfe erscheinen. Inzwischen kann sich im Anschluß an die bestehende Kauzlerkrisis noch mancherlei ereignen, was zur Verzögerung beiträgt. Vielleicht sieht sich ein neuer Konflikt das Ganze erst noch einmal an, und das Jahr 1918 beginnt, ehe die parlamentarische Beratung anfängt.

Überdies zieht eine neue Gefahr heran. Die Regierung scheidet die Geheftwürde, um welche es sich handelt, miteinander in Verbindung bringen zu wollen. Das Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus, die Zusammenlegung der ersten Kammer, die Wahlkreisreinteilung, die Verstärkung der Staatsrechte des neuen Herrenhauses, vielleicht sogar die Reform der Handelskammern wird in einem Mantelgesetz zusammengefaßt, so daß eins von dem andern nicht mehr zu trennen ist. Diejenigen Parteien, die das gleiche Wahlrecht wollen, sollen dadurch gezwungen werden, ein reaktionäres Herrenhaus und anderes mit in den Kauf zu nehmen. Daß bei der Rechten der Wunsch nach einer solchen Verkopplung besteht, hat Herr v. Bethlich bereits angekündigt. Wenn aber die Regierung selbst einen solchen Vorschlag macht, so legt sie sich dem Vorwurf aus, daß sie zur Erschwerung des Gelingens, ja vielmehr zur Verhinderung des Ganges beiträgt. Ihr konnte es genügen, das durch das Königswort herbeigeführte gleiche Wahlrecht vorzuschlagen. Die übrigen Vorlagen hätten, von einer zeitweiligen Wahlkreisreinteilung abgesehen, der Zukunft überlassen bleiben dürfen. Die einzige Entschädigung dafür, daß sie die anderen Gesetze gleichzeitig vorlegt, mag in den Anrechnungen derjenigen Parteien vorliegen, welche ihre Zustimmung zu dem Vorschritt, den das gleiche Wahlrecht darstellt, von einer rücktrittlichen Zusammenlegung des Herrenhauses abhängig gemacht haben. Wenn aber das Staatsministerium selbst die Verkopplung vorschlägt, so gibt es dafür überhaupt keine Entschädigung mehr. Es muß im Gegenteil die schärfste Anklage gegen eine Regierung erhoben werden, die der Durchführung lebenswichtiger Reformen aus eigenem Antrieb Hindernisse in den Weg stellt.

Wird gar noch, wie vorauszu sehen, die ganze Fülle der Rangfragen einer einzigen Kommission zur

Vorbereitung überwiesen, so verzeiht das Frühjahr und vielleicht noch ein Teil des Sommers, bis diese Vorarbeit getan ist. Man behauptet, daß nebenher auch noch die weitestgehenden Beratungen über den Staatsauswahlsatz die Zeit und Kraft des Abgeordnetenhanfes Monate hindurch in Anspruch nehmen werden. Im Plenum bereiten dann die Gegner, die um ihr politisches Leben kämpfen, gleichfalls Schwierigkeiten aller Art. Da es sich um Verfassungsänderungen handelt, sind die 21-tägigen Fristen einzuhalten. Kurz, der Herbst ist da und die Vorlage ist nicht fertig. Nun aber beginnt der Tang im Herrenhaus. Die eblen, erlauchten und gebrachten Herren können, wenn sie wollen, reich arbeiten. Wenn sie aber nicht wollen, gibt es kein Mittel, sie zur Beschleunigung zu treiben. Und sie werden nicht wollen. Brauchen sie doch von einer Regierung, die sich um das Aufstehen des Werks so wenig bemüht, nichts zu fürchten.

Dem Befahrer graut vor dieser Perspektive. Der gefährlichste aller Konfliktsstoffe soll auf diese Weise unangestrichen ein Jahr lang und länger auf dem öffentlichen Leben liegen. In all dem andern, was uns der Winter und der nächste Kriegssommer bringt, soll auch noch die innerpolitische Erregung kommen und so die Luft mit elektrischer Spannung überladen werden. Steht man denn nicht, welche Explosionsgefahren damit heraufbeschworen werden?

Jetzt rächt sich eine Unterlassungssünde des Herrn Dr. Michaelis. Dem preussischen Staatsministerium fehlt jeder fortschrittliche Zug. Mehrere der Minister sind ausgesprochen konserverativ, andere national-liberal-freikonserverativ, von dem Zentrumsmittglied Justizminister Spahn war eine Einwirkung im Sinne der neuen Mehrheit bisher nicht zu verspüren. Einen fortschrittlichen Staatsminister hat man nicht berufen. So mangelt es am rechten Willen zur Reform, an dem Verständnis für Volksempfinden, an klarer Einsicht in die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft. Hier liegt der Fehler, der beseitigt werden muß, wenn die Dinge nicht eine verhängnisvolle Wendung nehmen sollen.

Der Westkrieg.

Entscheidung zugunsten der Zentralmächte durch den U-Boottkrieg?

Der Sachverständige Kautskius kommt im „Neuen Vorkordnischen Courant“ über den weitestgehenden U-Boottkrieg zu dem Schluß, daß die deutschen Angaben über den U-Boottkrieg sehr wahrscheinlich richtig und die Angaben der anderen Partei bestimmt unrichtig sind und daß, wenn gegen den U-Boottkrieg kein wirksames Bekämpfungsmittel gefunden ist, was bis jetzt durchaus noch nicht der Fall ist, der U-Boottkrieg vor dem Ende des Jahres 1918 zu einer Entscheidung zugunsten der Zentralmächte führen muß, wenn die Zentralmächte wirtschaftlich durchhalten können, und wenn die höchste Kraftanstrengung Englands, Deutschlands aus Frankreich zu vertreiben, bis dahin keine besseren Erfolge erzielt hat als bisher.

Die Kämpfe an der Westfront.

Französisch-englische Angriffe in Flandern. — Die gewaltige Artilleriebeschäftigung bei Soissons.

Aus Berlin wird gemeldet: An der Küste lebte am 21. Oktober von Mittag an das Feuer auf. Die Kunde wurde von Land und See aus beschossen. Während in Ostende nur Häufschößen, verurteilt wurde, fielen bei Steene belagerte Einwohner dem feindlichen Feuer zum Opfer.

An der flandrischen Hauptkampffront steigerte sich der Feuerkampf am Houthouder-Walde und an der Bahn Voelginghe-Staden. In mehreren Stellen wurden in den Morgen- und Abendstunden feindliche Bereitstellungen und dicht aufgefüllte feindliche Gräben unter wirksamer Berleuchtungsfeuer genommen.

Bei Bekämpfung der feindlichen Artillerie wurden zahlreiche Explosionen beobachtet. Das starke Feuer, das sich am Abend des 19. Oktober steigerte, hielt auch nachts mit kurzen Pausen an. Nächtliche feindliche Erleuchtungsversuche zwischen Draabrain und Poelkapelle wurden abgewiesen.

Am 22. Oktober 6 Uhr vormittags feierte von Merkem bis Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Draabrain und Poelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet waren.

Eigene Bombengeschwader belegten mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Ypern und ähnlich Zulebte flog je ein feindliches Munitionslager in die Luft. An der Aisne-Front steigerte sich das tagsüber außerordentlich starke Feuer von der Lauffay-Ecke bis Honere-Ferne von 5 Uhr nachmittags unter stärkstem Munitionseinsatz zum Trommelfeuer. Es hielt bis zum Einbruch der Dunkelheit an und hielt auch während der Nacht kaum nach. Auch die beiderseitige Fliegerbetätigtigkeit hat sich hier aufs höchste gesteigert.

Gegen Abend wurde in der Gegend von Ceruy, in der Campagne und an der Maas die Kampfthätigkeit lebhaft. Eins unserer Vorkordnillunternehmen bei Beopornen brachte uns einen Offizier und acht Mann als Gefangene ein.

Der deutsche Abendbericht besagt: Die feindlichen Angriffe in Flandern sind bis auf geringen Geländegewinn des Feindes bei Welsbort (nördlich von Langemark) geblieben. Auch an der Straße Menin-Ypern brach ein harter englischer Angriff völlig zusammen.

Vordrilllich von Soissons hat sich die Artilleriebetätigtigkeit nach nordwestlichem Nachhallen am Morgen wieder zu voller Höhe gesteigert.

Der Luftkrieg

Feindliche Angriffe auf Brügge und Engel. Reuter meldet aus London: Vom 19. auf den 20. Oktober wurden von unseren Seefliegern auf die Docks von Brügge und den Hafen von Engel Bombenangriffe ausgeführt. In Engel scheint ein Brand ausgebrochen zu sein. Es wurden große Mengen Sprengstoffe abgemorren. Unsere Apparate sind alle unversehrt zurückgekehrt.

Unser letztes Bombardement auf wichtige englische Docks. Reuter meldet am 19. Oktober amtlich: Feindliche Luftschiffe griffen heute abend die östlichen und nördlichen Grafschaften an. Der Feind drang bis auf eine gewisse Entfernung ins Innere dieser Grafschaften ein, führte aber keinen sehr bestimmten Angriff aus. Sechs oder sieben Luftschiffe nahmen an dem Angriff teil. Bomben wurden an verschiedenen Punkten abgeworfen, darunter einige Bomben in dem Bezirk von London.

Reuter meldet weiter: Ansehend wurden in der Nacht zum Sonntag nur drei Bomben auf das Gebiet von London abgeworfen, alle drei auf weit voneinander entfernte Bezirke. Die erste Bombe tödete vier Personen, die zweite fünf und die dritte zehn. Durch die beiden letzten wurden auch mehrere Personen verwundet. Brände wurden nicht hervorgerufen.

Agence Havas schildert den Abschluß unserer Zeppelein in Frankreich und nennt als Verlust sogar sechs Luftschiffe. Wir verweisen auf den amtlichen deutschen Bericht, wonach vier Luftschiffe verloren gegangen sind.

Nach einer anderen französischen Meldung soll ein drittes Luftschiff in französische Hände gefallen sein.

Der Krieg mit Italien.

Aufsteigende Gesetstätigkeit. Der österreichisch-ungarische Heeresbericht meldet:

Beiderseits der Valle Isarco, im Valle Agnina Tal und Marmolada-Gebiet lebte die Gesetstätigkeit auf. Am Monte Sief gelang die Sprengung eines feindlichen Stützpunktes. Gleichzeitig im Corde-volce-Tal angreifende Stützpunkt drangen bis in die zweite feindliche Linie vor, fügten dem Gegner schwere blutige Verluste zu und töteten mit einigen Gefangenen wieder in die Ausgangsstellung zurück.



Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,25 Mk. einbl. Bechellgeld; durch andere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
— Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Rottentafeln — Kurztitel

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf. im Restemerkel 50 Pf. Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Platzvorfrist ohne Verbindlichkeit. Zahlung der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.
— Geschäftsstelle: Delbrue 9. —

Nr. 249

Mittwoch den 24. Oktober 1917

44. Jahrg.

Im September durch U-Boote 672000 Tonnen versenkt.

Ein Warnungsruf.

Von einem Abgeordneten der fortschrittlichen Volkspartei wird uns geschrieben:

Die Absicht der Rechte, die Beratung der preussischen Wahlrechtsvorlage zu verschleppen, tritt immer deutlicher hervor. Schon im Senatorenentwurf wurde gewünscht, daß die Fragen der Volksernährung und der Rohstoffversorgung in ihrem ganzen Umfang noch vor der ersten Lesung des Wahlgesetzes erledigt werden sollten. Was das bedeutet, ermahnt man, wenn man sich das Programm der Staatshaushaltskommission vergegenwärtigt: Sie hat folgende Gruppierung vorgenommen: 1. Getreide, 2. Kartoffeln, 3. Vieh, Fleisch, Fett, 4. Zucker, 5. Gemüse und Obst, 6. Sicherung der zukünftigen Erzeugung, 7. Organisationsfragen, 8. Fischerei. Dazu treten noch die Fragen der Rohstoff- und der damit zusammenhängenden Stilllegungen in der Industrie. Bis das alles durchgesprochen ist, können Wochen vergehen.

Aber auch dann will die Rechte noch nicht an die Wahlrechtsfrage heran. Auch Einbringung wollen vielmehr die Fraktionen in sich ausgiebig beraten, unter Umständen auch Parteifremde aus dem Lande hinzuziehen. Ungeheure Gründlichkeit ist erforderlich, und mit dem sonst bei derartigen Besprechungen üblichen drei bis vier Tagen für die Fraktionsberatungen ist es nicht getan. Aus diesem Grund läßt sich erwarten, welche weiteren Schicksale zu erwarten sind.

Die Regierung tut nichts, um diese Absicht zu durchkreuzen. Sie schiebt vielmehr die Einbringung immer wieder hinaus. Vor bisher mit dem Erscheinen der Vorlage spätestens bis Ende Oktober zu rechnen, so hört man nun, daß noch ein gut Teil des November ins Land gehen wird, bis die Wahlrechtsfrage erledigt ist.

Angenommen, die Rechte beginnt, die Wahlrechtsfrage zu behandeln. Das ist die Wahrscheinlichkeit, die die Rechte zu erwarten hat.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode. Die Rechte hat die Wahlrechtsfrage zu erledigen. Die Wahlrechtsfrage ist die wichtigste Frage der Reichstagsperiode.

Vorbereitung überwiesen, so verzögert das Frühjahr und vielleicht noch ein Teil des Sommers, bis die Vorarbeit getan ist. Man behauptet, daß nebenher auch noch die weitestgehenden Beratungen über den Staatshaushaltsentwurf die Zeit und Kraft des Abgeordnetenheeres Monate hindurch in Anspruch nehmen werden. Im Plenum bereiten dann die Gegner, die um ihr politisches Leben kämpfen, gleichfalls Schwierigkeiten aller Art. Da es sich um Verfassungsänderungen handelt, sind die 21-tägigen Fristen einzuhalten. Kurz, der Herbst ist da und die Vorlage ist nicht fertig. Nun aber beginnt der Tang im Herrenhaus. Die oblen, erlauchten und geehrten Herren können, wenn sie wollen, rasch arbeiten. Wenn sie aber nicht wollen, gibt es kein Mittel, sie zur Beschleunigung zu treiben. Und sie werden nicht wollen. Brauchen sie doch von einer Regierung, die sich um das Aufstandkommen des Werks so wenig bemüht, nichts zu fürchten.

Dem Beschauer grand vor dieser Perspektive. Der gefährlichste aller Konfliktstoffe soll auf diese Weise managiert ein Jahr lang und länger auf dem öffentlichen Leben lasten. In all dem andern, was uns der Winter und der nächste Kriegssommer bringt, soll auch noch die innerpolitische Erregung kommen und so die Luft mit gefährlichen Gasen anfüllen werden. Steht man denn nicht, welche Explosionsgefahren damit heraufbeschworen werden?

Jetzt rät sich eine Unterlassungssünde des Herrn Dr. Michaelis. Dem preussischen Staatsministerium fehlt jeder fortschrittliche Zug. Mehrere der Minister sind ausgesprochen konservativ, andere national-liberal-freikonservativ, von dem Zentrumsmittglied Justizminister Spahn war eine Einwirkung im Sinne der neuen Mehrheit bisher nicht zu verspüren. Einen fortschrittlichen Staatsminister hat man nicht berufen. So mangelt es an richtigem Willen zur Reform, an dem Verständnis für Volksempfinden, an harter Einsicht in die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft. Hier liegt der Fehler, der beseitigt werden muß, wenn die Dinge nicht eine verhängnisvolle Wendung nehmen sollen.

Der Westkrieg.

Entscheidung zugunsten der Zentralmächte durch den U-Boottkrieg?

Der Schweizerische Anwalt kommt im „Neuen Zürcher Anzeiger“ über den ungeschickten U-Boottkrieg zu dem Schluß, daß die deutschen Angaben über den U-Boottkrieg sehr wahrscheinlich richtig und die Angaben der anderen Partei bestimmt unrichtig sind und daß, wenn gegen den U-Boottkrieg kein wirksameres Bekämpfungsmittel gefunden ist, was bis jetzt durchaus noch nicht der Fall ist, der U-Boottkrieg vor dem Ende des Jahres 1918 zu einer Entscheidung zugunsten der Zentralmächte führen muß, wenn die Zentralmächte wirtschaftlich durchhalten können, und wenn die höchste Kraftanstrengung Englands, Deutschlands aus Frankreich zu vertreiben, bis dahin keine besseren Erfolge erzielt hat als bisher.

Die Kämpfe an der Westfront.

Frankreich-englische Angriffe in Flandern. — Die gewaltige Artilleriebeschuss bei Soissons. — Aus Berlin wird gemeldet: An der Küste lebte am 21. Oktober von Mittag an das Feuer auf. Offenbar wurde von Land und See aus beschossen. Während in Flandern nur Häuserzerstörung verurteilt wurde, fielen bei Soissons belgische Einwohner dem feindlichen Feuer zum Opfer.

An der flandrischen Hauptkampffront steigerte sich der Feuerkampf an Houthouster-Walde und an der Bahn Boesinghe-Staden. An mehreren Stellen wurden in den Morgen- und Abendstunden feindliche Bereitstellungen und dicht aufgestaute feindliche Gräben unter wirksamem Beschießungsgewehr genommen.

Bei Bekämpfung der feindlichen Artillerie wurden zahlreiche Explosionen beobachtet. Das starke Feuer, das sich am Abend des 19. Oktober steigerte, hielt auch nachts mit kurzen Pausen an. Nächtliche feindliche Gründungsversuche zwischen Draaband und Poelkapelle wurden abgewiesen.

Am 22. Oktober 6 Uhr vormittags setzte von Merktem bei Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Draaband und Poelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet wurden.

Eigene Bombengeschwader belegten mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Ypern und südlich Lielebeke lag je ein feindliches Munitionslager in die Luft. An der Aisne-Front steigerte sich das tagsüber außerordentlich starke Feuer von der Lauffay-Ecke bis Noyers-Ferne von 5 Uhr nachmittags unter stärkstem Munitionseinsatz um Trommelfeuer. Es hielt bis zum Einbruch der Dunkelheit an und ließ auch während der Nacht kaum nach. Auch die heftigste Fliegertätigkeit hat sich hier aus höchster Höhe geäußert.

Gegen Abend wurde in der Gegend von Cerny, in der Champagne und in der Maas die Rampflichtigkeit lebhafter. Eine unserer Patrouillenunternehmen bei Remoncourt brachte uns einen Offizier und acht Mann als Gefangene ein.

Der deutsche Abendbericht lautet: Die Frühangriffe in Flandern sind bis auf geringen Geländegewinn des Feindes bei Veldhoef (nördlich von Langemarck) gescheitert. Auch an der Straße Wenin-Ypern brach ein harter englischer Angriff völlig zusammen.

Nördlich von Soissons hat sich die Artillerie nach vorübergehendem Nachlassen am Morgen wieder zu voller Höhe gesteigert.

Der Luftkrieg

Feindliche Angriffe auf Brügge und Engel.

Neuer meldet aus London: Vom 19. auf den 20. Oktober wurden von unseren Seefliegern auf die Docks von Brügge und den Hafen von Engel Bombenangriffe ausgeführt. In Engel scheint ein Brand ausgebrochen zu sein. Es wurden große Mengen Sprengstoffe abgemoren. Unsere Apparate sind alle unversehrt zurückgekehrt.

Unser letztes Bombardement auf wichtige englische Orte. Neuer meldet am 19. Oktober mittags: Feindliche Luftschiffe griffen heute abends die östlichen und nördlichen Grafschaften an. Der Feind drang bis auf eine gewisse Entfernung ins Innere dieser Grafschaften ein, führte aber keinen sehr bestimmten Angriff aus. Sechs oder sieben Luftschiffe nahmen an dem Angriff teil. Bomben wurden an verschiedenen Punkten abgeworfen, darunter einige Bomben in dem Bezirk von London.

Neuer meldet weiter: Ansehend wurden in der Nacht zum Sonntag nur drei Bomben auf das Gebiet von London abgeworfen, alle drei auf weit voneinander entfernte Bezirke. Die erste Bombe tötete vier Personen, die zweite fünf und die dritte zehn. Durch die beiden letzten wurden auch mehrere Personen verwundet. Brände wurden nicht hervorgerufen.

Agence Havas schildert den Abschluß unserer Zeppelin in Frankreich und nennt als Verlust sogar sechs Luftschiffe. Wir verweisen auf den amtlichen deutschen Bericht, wonach vier Luftschiffe verloren gegangen sind. Nach einer anderen französischen Meldung soll ein drittes Luftschiff in französischer Hand gefallen sein.

Der Krieg mit Italien.

Auflebende Gefechtsfähigkeit. Der österreichisch-ungarische Heeresbericht meldet:

Beiderseits der M. I. Passirade, im P. I. S. Tal und Marolata-Gebiet lebte die Gefechtsfähigkeit auf. Am Monte Sief gelang die Sprengung eines feindlichen Stützpunktes. Gleichzeitig im Corbe-vole-Tal angreifende Stütztrupps drangen bis in die zweite feindliche Linie vor, fügten dem Gegner schwere blutige Verluste zu und führten mit einigen Gefangenen wieder in die Ausgangsstellung zurück.

